

Im Sinne der Versicherten

SOZIALWAHLEN – *Versichertenparlamente werden neu gewählt*

Es ist die drittgrößte Wahl in der Bundesrepublik – und dennoch führt sie eher ein Schattendasein. 52 Millionen Menschen sind zu dieser Wahl aufgerufen, mehr sind es nur bei der Europa- und der Bundestagswahl. Sie sollen in diesem Frühjahr ihre Vertreter*innen für die Versichertenparlamente der Sozialversicherungsträger wählen. Genauer gesagt bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund und den Krankenkassen Barmer, DAK Gesundheit, KKH, HKK und TK.

Die Wahlbriefe sind längst bei den Wahlberechtigten angekommen, sprich bei allen, die entsprechend versichert sind. Wer also bei der DRV Bund und einer der genannten Krankenkassen versichert ist, hat zwei Briefe bekommen. Bis zum 31. Mai muss der darin enthaltene Stimmzettel wieder an den Absender zurückgeschickt werden – per beigefügtem Freiumschlag. Soweit ganz einfach.

Doch vielen ist gar nicht bewusst, wie wichtig ihre Stimme ist, auch für sie persönlich. So sperrig sich „Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Sozialversicherungsträger“ auch anhört, hier kann Politik im Sinne der Versicherten gemacht werden. Beispiele gibt es viele.

Bei den Krankenkassen bestimmt der Verwaltungsrat mit über die Unternehmenspolitik. Dazu gehören Leistungen, die neben den gesetzlich vorgeschriebenen angeboten werden. Das kann ein Familienpaket sein mit einem Extra-Budget für Schwangere, Bonusprogramme



und mehr. Bei der DRV Bund hat die Vertreterversammlung mit dafür gesorgt, dass RehaMaßnahmen nachhaltiger werden, etwa durch Online-Nachsorgeprogramme, die den Versicherten angeboten werden.

Zugleich hat die Zahl der Stimmen, die die einzelnen Listen bekommen, auch Einfluss auf die Besetzung von Widerspruchsausschüssen und die Zahl der Versichertenberater*innen, die die dahinterstehenden Organisationen besetzen können. Versichertenberater beraten ehrenamtlich Ratsuchende in allen Fragen rund um die Rente – und wenn sie von ver.di benannt werden, tun sie das in jedem Fall im Sinne der Versicherten. Daher lohnt es sich, die ver.di-Listen zu wählen. Bei der DRV Bund ist das die Liste 2.

Die Sozialwahl findet auch bei den Trägern der gesetzlichen Unfallver-

sicherung statt. Doch in der Regel finden dort sogenannte Friedenswahlen statt – „Wahlen ohne Wahlhandlung“. Da verständigen sich im Vorfeld der Wahl Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen auf jeweils eine Liste. Das sorgt dafür, dass dort alle Berufsgruppen, für die der jeweilige Träger zuständig ist, gleichermaßen vertreten sind.

In jedem Fall ist es wichtig, bei der Sozialwahl abzustimmen. Spricht auch mit Kolleg*innen, aber auch im Familien- und Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder im Verein über die große Bedeutung der Sozialwahl. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Gremien – die nächste Möglichkeit, sich dort einzumischen gibt es erst wieder 2029.

Heike Langenberg

Siehe auch Seite 5
kurzelinks.de/edel

NACH FÜNF WOCHEN ...

... haben die rund 60 auf der Raststätte Gräfenhausen-West streikenden Lkw-Fahrer ihr Geld bekommen. Damit haben sie ihre Ansprüche gegen den polnischen Chef durchgesetzt, und dabei liegt die Betonung auf den Ansprüchen. Denn die Kollegen aus Georgien und Usbekistan mussten mit viel gewerkschaftlicher und politischer Solidarität und internationaler Unterstützung darum kämpfen, das zu bekommen, was ihnen zusteht. Denn der deutsche Mindestlohn, der auch für ausländische LKW-Fahrer*innen gilt, die von oder nach Deutschland fahren, wird längst nicht überall ausbezahlt. Da sind flächendeckende Kontrollen nötig. *hla*

kurzelinks.de/gqyd

Gefährliche Macht

„Elon Musk ist ein gefährlicher Mann. Ich finde es ohnehin fraglich, ob einzelne Menschen wie Musk oder Mark Zuckerberg so viel Macht haben sollten.“

SPD-Politikerin Sawsan Chebli sagt im Interview mit T-Online, sie habe das Gefühl, dass seit Musks Übernahme von Twitter „noch viel weniger Interesse daran besteht“, Hass auf der Plattform zu bekämpfen.

ÖPNV
Ganzheitliches Konzept nötig
Deutschlandticket reicht nicht aus
SEITE 2

4-TAGE-WOCHE
91 Prozent überzeugt
Positives Fazit bei britischem Pilotprojekt
SEITE 3

STREIKS
Fast eine Million Tage
Unteres Mittelfeld im internationalen Vergleich
SEITE 4

HANDEL
Erste Angebote reichen nicht
Regionale Tarifrunden haben begonnen
SEITE 5

ORGA-WAHLEN
Daseinsvorsorge stärken
Konferenzen von Fachbereichen und Personengruppen
SEITE 6

JUBILÄUM
Meilenstein der Tarifgeschichte
Festakt zu „150 Jahre Flächentarifvertrag“ in Berlin
SEITE 7

Wehrhaft gegen Rechts?

(GL) Gleich drei Institutionen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz Ende April als rechtsextremistisch eingestuft: die Junge Alternative, das Institut für Staatspolitik und den Verein „Ein Prozent e. V.“ Auf das breite Spektrum von Rechtsextremismus in Deutschland und wie der Rechtsstaat damit umgeht, zeigt der „Report 2023 – Recht gegen Rechts“. „Eine dringliche Bestandsaufnahme der Reaktion von Politik und Justiz auf die wachsende Gefahr von rechts“, setzen die Autor*innen des Reports voran. Sie mahnen, im liberalen Rechtsstaat der Versuchung zu widerstehen, blind dem „starken Staat“ zu vertrauen, aber man könne es sich nicht leisten, im Kampf gegen rechts auf das Recht zu verzichten. Signifikant für Rechts-Extremismus ist u.a. Demokratiefindlichkeit, Terrorismus, Rassismus und Hate Speech. In einem bemerkenswerten Beitrag setzt sich Johanna Wenckebach, Leiterin des Hugo-Sinzheimer-Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, mit einem arbeitsrechtlichen Streitfall um eine Kündigung wegen eines rassistischen Vorfalles im Betrieb auseinander.

NELE AUSTERMANN,
ANDREAS FISCHER-LESCANO,
HEIKE KLEFFNER U. A.,
RECHT GEGEN RECHTS
– REPORT 2023,
S. FISCHER VERLAG,
FRANKFURT/M,
346 SEITEN, 20 EURO,
ISBN 978-3103971866

Ganzheitliches Konzept nötig

ÖPNV – Deutschlandticket reicht nicht aus, Nahverkehr muss für alle zugänglich sein

(pm) Das Deutschlandticket könne nur der Anfang sein. Bund und Länder müssten umgehend und langfristig in den öffentlichen Nahverkehr investieren, um ein hochwertiges Angebot sicherzustellen, so das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, dem auch ver.di angehört. „Die notwendigen Mittel für einen zukunftsfähigen ÖPNV sowie ein flächendeckendes Sozialticket sind Voraussetzung für Klimaschutz und soziale Teilhabe.“

In der jetzigen Form erfülle das Deutschlandticket nicht den Anspruch eines für alle zugänglichen ÖPNVs. Mit einem Standardpreis von 49 Euro sei das Ticket speziell für Familien, Kinder und Jugendliche sowie für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen zu teuer. Obwohl einige Bundesländer bereits die Einführung eines bundesweit gültigen Sozialtickets zugesagt hätten, fehle es an einer flächendeckenden, einheitlichen Regelung. Wichtig, so das Bündnis, sei zudem eine Mitnahmeregelung wie im Fernverkehr für Kinder bis 14

Jahre sowie günstige Schüler- und Azubitickets mit deutschlandweiter Gültigkeit. „Bezahlbare und nachhaltige Mobilität gehört zur Daseinsvorsorge. Diese darf nicht an Stadt-, Kreis- oder Ländergrenzen enden“, so die Bündnismitglieder. Dazu gehöre auch, dass das Ticket auf sämtlichen Vertriebswegen und ohne Bonitätsauskunft erworben werden könne.

Die Ampel-Regierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag klar zu einem leistungsfähigen, stärker genutzten ÖPNV bekannt. Das geht nicht ohne massive Investitionen in ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot im ländlichen Raum und in den Städten. Dazu gehört neben dem Ausbau und der In-

standhaltung von Fahrzeugen und Infrastruktur auch die umfassende Verbesserung für die Situation der Beschäftigten – dann kann der Sektor auch für Nachwuchskräfte attraktiver werden.

Das Bündnis drängt auf ein ganzheitliches Konzept: „Das Deutschlandticket allein ist nicht genug.“ Neben umfassenden Finanzierungszusagen von Bund und Ländern brauche es die Zusammenarbeit von Politik, Verkehrsgesellschaften und Verbänden: „Um die Potenziale des ÖPNV voll zu nutzen, müssen die aktuellen Debatten sowie die Erarbeitung des Ausbau- und Modernisierungspakts im engen Dialog mit der Zivilgesellschaft geführt werden.“

Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende ...

...bündelt die Expertise aus Gewerkschaften (IG Metall, ver.di, DGB), Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden (VdK, SoVD, AWO, VCD, BUND, NABU) sowie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), um zusammen die Transformation der Mobilität in Deutschland zu unterstützen. Gemeinsam vertritt das Bündnis viele Millionen Mitglieder und bietet eine Plattform für die Fragestellungen rund um eine soziale und ökologische Mobilitätswende. Das Bündnis wird gefördert und unterstützt durch die Stiftung Mercator.

DIE PRESSE-SHOW

„Träumt weiter“ schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 2. Mai 2023. Da heißt es: „Mit der Debatte um die Viertageweche ist es wie mit dem 1. Mai: Beide kehren verlässlich und regelmäßig wieder.“ Fragt sich, was daran ein Traum ist? Den 1. Mai, den Tag der Arbeit, gibt es schon verdammt lang. Okay, manchmal träumen wir von ein paar mehr Teilnehmenden an den Mai-Kundgebungen, aber nach einer Zwangspause durch Corona füllen auch die sich wieder. Und die 4-Tage-Woche ist auch mancherorts schon Realität: Island und einige andere Länder haben sie in einigen Branchen längst eingeführt. Warum sollte sie bei uns nicht möglich sein? Die *Frankfurter Rundschau* erkennt am selben Tag in einem Bericht zum 1. Mai: „... es sind nach wie vor die Gewerkschaften, auf die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Durchsetzung ihrer Rechte und einer angemessenen Bezahlung zählen können.“ Die

Zahl der Mitglieder hätte sich zwar seit den 1990er Jahren halbiert, doch dieser Trend drehe sich nun gerade um. Und da wird dann auch schon mal „der revolutionäre Dichter Georg Herwegh“ von 1863 zitiert: „Mann der Arbeit, aufgewacht! Erkenne deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

Das *Handelsblatt* wiederum meint am 2. Mai, die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer wachse auch ohne Interessenvertretung: „Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmervertreter zuletzt wieder ordentliche Tarifabschlüsse durchgesetzt [...]. Und in ein paar Tagen können sie auch noch 150 Jahre Flächentarifverträge feiern. Erleben wir also eine Renaissance der Arbeiterbewegung? Durchaus. Nur haben die Gewerkschaften damit wenig zu tun“, meint die Stimme der Wirtschaft und glaubt, angesichts des Fachkräftemangels steige die Verhand-

lungsmacht der Beschäftigten: „Wer qualifiziert ist und wechselbereit, kann sich den Arbeitgeber aussuchen und braucht für gute Löhne und Arbeitsbedingungen keine kollektive Interessenvertretung.“ Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* beschäftigt sich am 7. Mai ebenfalls mit der Wiedergeburt der Gewerkschaften. Und trifft dabei auf „Jung-Mitglied Jule Miels“. Die sei zu dem Schluss gekommen, sie habe von ihrem ver.di-Beitritt profitiert, etwa bei ihrer Arbeit für die Jugend- und Auszubildendenvertretung. Es sei für sie inzwischen selbstverständlich Gewerkschaftsmitglied zu sein. „Selbst wenn mein Arbeitsverhältnis optimal wäre, würde ich bleiben, um mit meinem Beitrag Menschen in schlechteren Situationen Gehör zu verschaffen“, wird sie zitiert. Ungebrochen solidarisch – so sind wir Gewerkschafter*innen eben. Und das nicht nur am 1. Mai!

Petra Welzel

91 Prozent überzeugt

VIER-TAGE-WOCHE – Positives Fazit bei britischem Pilotprojekt

(hla/pm) Das Thema Arbeitszeitverkürzung wird zurzeit wieder häufiger diskutiert – mit dem Blick auf die Einführung einer Vier-Tage-Woche. Anfang des Jahres haben Forschende ein positives Fazit aus einem Pilotprojekt gezogen. Insgesamt hatten 91 Unternehmen verschiedener Branchen mit 3500 Mitarbeiter*innen die Arbeitszeit auf vier Tage pro Woche reduziert, bei vollem Lohnausgleich. 91 Prozent von ihnen wollen das Modell beibehalten, weitere vier Prozent überlegen noch. 61 der Unternehmen waren aus Großbritannien, hinter ihnen stehen insgesamt 2900 Beschäftigte. Ihre Erfahrungen: Steigender Umsatz, deutlich weniger Krankheitstage, geringere Fluktuation, weniger gestresste Beschäftigte. 56 von ihnen machen weiter mit der verkürzten Arbeitszeit. Ein ähnlicher Pilot, auf zwei Jahre angelegt, wurde Ende vergangenen Jahres in Spanien in kleinen und mittleren Unternehmen gestartet.

Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung stößt ein solches Modell auch bei Beschäftigten in Deutschland auf Interesse: 81 Prozent der befragten Vollzeitbeschäftigten wünscht sich eine Vier-Tage-Woche mit entsprechend verringerter Arbeitszeit. 73 Prozent geben an, dass dieses Modell nur bei gleichem Lohn für sie in Frage kommt, acht Prozent würden das Modell auch bei verringerten Bezügen nutzen.

Gefragt wurde auch, wofür die Menschen die freie Zeit nutzen wollen. Für sich selbst oder für die Familie waren mit 97 bzw. 89 Prozent die Antworten an der Spitze des Rankings, Mehrfachantworten waren möglich. Aber auch mehr Zeit für Hobbies, Sport und Ehrenamt war ein häufig genanntes Motiv.

Die Vier-Tage-Woche könnte dabei helfen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, sagen Yvonne Lott vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut

(WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und Eike Windscheid von der HBS, von denen diese Studie stammt: „Zeit für Muße hat damit einen besonderen Stellenwert für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität von Demokratie.“ Durch die steigende Produktivität könne ein Lohnausgleich kompensiert werden.

75 Prozent der Befragten gaben an, ihre Arbeitsbelastung verringern zu wollen. Lott und Windscheid wiesen auch darauf hin, dass bei einer solchen Arbeitszeitverkürzung Arbeitsmenge und -abläufe angepasst werden müssten. Sonst könne sie sich negativ auf die Motivation der Beschäftigten auswirken.

YVONNE LOTT, EIKE WINDSCHEID:
4-TAGE-WOCHE: VORTEILE FÜR BESCHÄFTIGTE UND BETRIEBLICHE VORAUSSETZUNGEN, WSI POLICY BRIEF NR. 79, MAI 2023, KOSTENLOSER DOWNLOAD UNTER [KURZELINKS.DE/WL6X](https://www.kurzelinks.de/wl6x)



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN DER
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Mehr als belastet

Nur noch vier Tage in der Woche arbeiten und drei Tage in der Woche frei zu haben – das ist eine schöne Vorstellung. Doch was nützt der freie Tag mehr, wenn die Arbeitsmenge im Gegenzug nicht verringert bzw. anders verteilt wird? Denn zu sagen, dass man das, was man vorher in 40 Arbeitsstunden kaum geschafft hat, jetzt auch in 32 erledigen kann, ist Humbug. Dann braucht man den zusätzlichen freien Tag in der Woche erst recht zur Regeneration, sonst verpufft der positive Effekt der Produktionssteigerung. Fest steht, dass sich viele durch die heutige Arbeitsmenge bereits mehr als belastet fühlen. Aber viele können auf den Lohnausgleich schlichtweg nicht verzichten, dazu sind die Löhne zu gering und die Preise zu stark gestiegen. Daher könnte die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich und entsprechender Umplanung eine Lösung sein, gerade wenn man auf die durch die Digitalisierung anstehende Transformation der Arbeitswelt blickt.

Hochschulische Ausbildung

PFLEGESTUDIUM – ver.di fordert Anpassung der Ausbildungsziele

(pm) In der Stellungnahme, die ver.di in die Verbändeanhörung zum Referentenentwurf eines Pflegestudiumstärkungsgesetzes eingebracht hat, begrüßt ver.di, dass ihre Forderung nach einer hochschulischen Pflegeausbildung als duales Studium aufgegriffen wird. „Ein duales Studium mit betrieblicher Anbindung, angemessener Vergütung für die gesamte Dauer des Studiums

sowie verbindlichen Qualitätsstandards kann eine praxisorientierte Ausbildung am besten gewährleisten“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Überfällig ist, dass die Studierenden eine Ausbildungsvergütung erhalten. Das steigert die Attraktivität des Studiums deutlich.“

Nun müssten auch die Ausbildungsziele im Gesetz angepasst

werden. Um Studierenden in der Pflege eine attraktive Perspektive zu geben, seien Antworten nötig, für welche Tätigkeiten die hochschulische in Abgrenzung zur beruflichen Pflegeausbildung qualifiziere. Es brauche ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander von beruflich und hochschulisch qualifizierten Pflegefachpersonen.

[kurzelinks.de/lwgs](https://www.kurzelinks.de/lwgs)

Verlässliche Perspektive

WEITERBILDUNGSPAKET – Bühler fordert Nachbesserungen

(pm) Ende April haben die Bundestagsabgeordneten über das Weiterbildungspaket der Bundesregierung diskutiert. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler forderte eine dringende Nachbesserung. Die Vorschläge zum Thema Ausbildung seien unzureichend. Der Entwurf sieht vor, dass Auszubildende in den Regionen, in denen der Mangel am größten ist, einen Rechtsanspruch

auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. „Wir brauchen aber mehr Ausbildungsplätze in den Betrieben“, stellt Bühler klar. Zwar sehe der Koalitionsvertrag tariflich vereinbarte Ausgleichsfonds vor. Im aktuellen Gesetzentwurf würden weder bestehende tarifvertragliche Umlagen gefördert, noch Anreize für weitere tarifvertraglich vereinbarte Umlage-

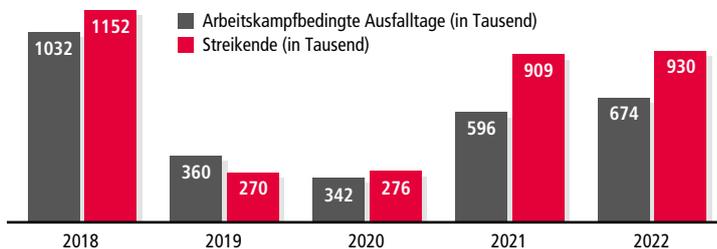
systeme und Ausgleichsfonds geschaffen. „Das ist eine Ausbildungsgarantie light. Hier hat es die Bundesregierung im jetzigen Vorschlag leider versäumt, mit einer Umlagefinanzierung die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wieder mehr Betriebe ausbilden“, so Bühler weiter. Sie forderte eine verlässliche berufliche Perspektive für junge Menschen.

Fast eine Million Tage

ARBEITSKAMPFBILANZ – Im internationalen Vergleich ist Deutschland aber im unteren Mittelfeld

(WSI) 2022 wurden in Deutschland insgesamt 225 Arbeitskämpfe geführt. 930 000 Streikende haben die Arbeit niedergelegt, dadurch fielen rechnerisch 674 000 Arbeitstage aus. Das ergibt sich aus der Arbeitskampfbilanz für 2022, die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung jüngst vorgelegt hat. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Arbeitskampaufkommen leicht erhöht, im langfristigen Vergleich liegt es auf mittlerem Niveau. Zu den großen Flächenauseinandersetzungen zählen auch die der Unikliniken in NRW, der Sozial- und Erziehungsdienst und der Seehäfen. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im unteren Mittelfeld. Die große Mehrheit der Arbeitskämpfe waren auch 2022 auf einzelne Firmen begrenzt. Da ging es um Haustarifverträge, den Anschluss von Unternehmen an bestehende Branchentarifverträge, aber auch darum, überhaupt eine Tarifbindung zu erreichen. Erstmals hat das WSI in diesem Jahr auch Daten

Arbeitskampfbilanz 2018-2022



QUELLE: WSI-ARBEITSKAMPFSTATISTIK

zur Streikerfahrung erhoben. Danach verfügen 17 Prozent der Befragten über Streikerfahrungen, die Hälfte von ihnen hat bereits mehrfach an Streiks teilgenommen. Bei Gewerkschaftsmitgliedern ist die Streikerfahrung mit 49 Prozent deutlich höher als bei Nichtmitgliedern, wo sie bei 11 Prozent liegt. Im Ost-/Westvergleich gibt es nur einen geringen Unterschied.

Für 2023 ergibt sich bereits aus den ersten Monaten eine hohe Warnstreikbeteiligung. Darauf deutet die hohe Beteiligung in den Tarifrunden etwa bei der Deutschen

Post und im öffentlichen Dienst Bund und Kommunen hin. „Vor dem Hintergrund historisch hoher Inflationsraten hat sich der Verteilungskonflikt deutlich intensiviert“, sagt WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten.

HEINER DRIBBUSCH, MARLENA SOPHIE LUTH, THORSTEN SCHULTEN: **WSI-ARBEITSKAMPFBILANZ 2022.**

STREIKS ALS NORMALES INSTRUMENT DER KONFLIKTREGULIERUNG BEI TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN, WSI-REPORT NR. 83, DÜSSELDORF, APRIL 2023, DOWNLOAD UNTER [KURZELINKS.DE/jqiq](https://www.kurzelinks.de/jqiq)

TARIFLICHES

NICHTBUNDESEIGENE EISENBAHNEN – (pm) In der dritten Verhandlungsrunde hat ver.di ein Verhandlungsergebnis für die rund 5000 Beschäftigten des Eisenbahntarifvertrags (ETV) erreicht. Eckpunkte sind eine steuerfreie Einmalzahlung von 1500 Euro im Juni und die tabellenwirksame Erhöhung der Entgelte um 300 Euro monatlich ab Oktober 2023.

UCI – (pm) Über rückwirkende Lohn-erhöhungen können sich die rund 600 Beschäftigten des Kinokonzerns UCI freuen. ver.di hat in der fünften Verhandlungsrunde durchgesetzt, dass die Löhne rückwirkend ab Januar 2023 in zwei Schritten steigen. Insgesamt macht die Erhöhung 8,6 Prozent aus. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Neben den Lohnsteigerungen wurden auch verbesserte Zuschlagsregelungen vereinbart. So gelten die Nachtzuschläge mit zusätzlichen 50 Prozent künftig an den hochfrequentierten Freitagen und Samstagen

bereits eine Stunde früher – ab 22 Uhr. Auch eine Erhöhung der Jahressonderleistung auf 800 Euro wurde vereinbart. Weitere verbesserte Zulagenregelungen um bis zu 10 Prozent betreffen die Berufsgruppen Teamleitung, Supervisor*innen, Lagerist*innen und Aushilfen in der Haustechnik.

TG ENERGIE – (red.) ver.di hat ein Verhandlungsergebnis für die rund 30 000 Beschäftigten der Tarifgruppe Energie erzielt. Dazu gehören die TG Energie E.ON (Bayernwerk, Westenergie, Avacon, AVU) und TenneT. Rückwirkend zum 1. April steigen die Löhne und Gehälter um 6,0 Prozent, zum 1. Juli 2024 um weitere 4,5 Prozent. Azubis erhalten zu den genannten Zeitpunkten 180 bzw. weitere 70 Euro mehr. Zudem werden sie bis 2026 unbefristet übernommen. Ihre Inflationsausgleichsprämie beträgt 2100 Euro. Alle anderen Beschäftigten in Voll-, Teil- oder Elternzeit erhalten 3000 Euro, wenn zum 31. Mai 2023 ein Arbeitsver-

hältnis besteht. Gewerkschaftsmitglieder haben jetzt zudem Anspruch auf zwei bezahlte Freistellungstage für Weiterbildungsmaßnahmen.

HELIOS – (pm) Bei den Tarifverhandlungen für die rund 21 000 Beschäftigten im Helios-Konzernvertrag haben ver.di und die Arbeitgeber einen Kompromiss erzielt. Er sieht eine steuer- und abgabefreie Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 2000 Euro für Vollzeitkräfte (Teilzeitkräfte anteilig) und 1000 Euro für Auszubildende vor. Die Einkommen werden im Juli 2023 und 2024 jeweils um 4,0 Prozent erhöht, mindestens aber um jeweils 150 Euro. Im November 2024 folgt eine weitere Erhöhung um 1,0 Prozent. Die Ausbildungsentgelte steigen im September 2023 und im September 2024 um jeweils 100 Euro monatlich. Zurzeit werden die ver.di-Mitglieder bei Helios zu dem Verhandlungsergebnis befragt. Auf Basis der Ergebnisse entscheidet dann die ver.di-Tarifkommission Ende Mai.

**MITBESTIMMUNG
EINE STIMME GEBEN.**

Mit »Der Personalrat«, der Fachzeitschrift für Personalrecht im Öffentlichen Dienst.



Zwei Ausgaben gratis testen!



Ihre Vorteile auf einem Blick:
– 11-mal im Jahr, als Print+Digital oder Digital-Ausgabe
– Regelmäßige Newsletter
– Barrierefreies ePaper
– Zugriff auf das Online-Archiv

Erste Angebote reichen nicht

HANDEL – Regionale Tarifrunden haben begonnen

(gg) Für die rund fünf Millionen Beschäftigten im Handel stehen in diesem Frühjahr und Sommer Tarifverhandlungen an. Die beiden Teilbranchen Einzel- und Versandhandel sowie Groß- und Außenhandel fordern deutliche Entgelterhöhungen vor allem für die Beschäftigten, die am stärksten von den Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel betroffen sind.

13,50 Euro für untere Entgeltgruppen

So fordern einige ver.di-Landesbezirke für den Einzel- und Versandhandel, etwa in Schleswig-Holstein, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,50 Euro pro Stunde sowie die Anhebung der Stundensätze für die unteren Entgeltgruppen auf 13,50 Euro – um denen zu helfen, die einen sehr großen Teil ihres Einkommens für die Lebenshaltungskosten aufwenden müssen. Nahezu 78 Prozent der Teilnehmer*innen an einer Umfrage vor Beginn der Tarifrunde 2023 hatten sich für Entgelterhöhungen von mehr als 10 Prozent ausgespro-

chen, heißt es in einer ver.di-Information für den Handel im Norden.

Gestartet ist die Tarifrunde 2023 mit ersten Verhandlungen Mitte April für die rund 490 000 Beschäftigten im baden-württembergischen Einzel- und Versandhandel: Für sie fordert der ver.di-Landesfachbereich Handel bei einer Laufzeit von 12 Monaten eine Entgelterhöhung um 15 Prozent. Die Auszubildungsvergütungen sollen um 200 Euro monatlich steigen, die Sozialzulagen verdoppelt werden. Zudem möchte ver.di die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages durchsetzen, was angesichts der anhaltenden Tarifflucht vieler Unternehmen im Handel sehr wichtig wäre. Doch das Angebot der Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde war weit von den ver.di-Forderungen entfernt (ver.di news berichtete). Als Reaktion kam es Anfang Mai schon zu ersten Warnstreiks in Baden-Württemberg.

Im Groß- und Außenhandel fordern etliche ver.di-Landesbezirke 13 Prozent mehr Entgelt bei einer Laufzeit von 12 Monaten, in vielen Fäl-

len auch Festbeträge in Höhe von 400 Euro plus monatlich, was die Einkommen der unteren Entgeltgruppen überdurchschnittlich stärken würde. Die Auszubildenden sollen 250 Euro mehr erhalten. Auch in dieser Teilbranche wird die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge gefordert.

Warnstreiks drohen

Ebenso wie bei den Verhandlungen im baden-württembergischen Einzelhandel präsentierten die bayerischen Arbeitgeber des Groß- und Außenhandels in der ersten Verhandlungsrunde am 24. April ein Angebot, das weit entfernt von den ver.di-Forderungen war. Da dürfe es niemanden wundern, dass ver.di „in den nächsten Tagen zu Streiks mobilisieren“ werde, warnte ver.di-Verhandlungsführer Thomas Gürlebeck. Nächster Verhandlungstermin im bayerischen Groß- und Außenhandel ist der 23. Mai.

Eine Übersicht über die verschiedenen Forderungen gibt es hier kurzelinks.de/8lbb

Seit zehn Jahren immer wieder Streiks

AMAZON – Beschäftigte im Dauereinsatz für den Tarifvertrag

(gg) Zuletzt streikten sie vor Ostern für die Tarifverträge des Einzel- und Versandhandels. Beschäftigte der Amazon-Standorte in Werne, Winsen, Leipzig, Rheinberg, Bad Hersfeld und Koblenz waren im Ausstand. Seit zehn Jahren sind die Kolleg*innen des weltweit agierenden Online-Händlers immer wieder bei Arbeitskämpfen aktiv, denn sie wollen sich nicht mit schlechter Entlohnung und miesen Arbeitsbedingungen abspeisen lassen, wie ver.di-Streikleiterin Monika Di Silvestre erklärte. Ostern sei

ebenso wie Weihnachten für Amazon-Beschäftigte eine Zeit „von noch mehr Stress und Leistungsdruck“.

Angst um Arbeitsplätze

Angesichts von Massenentlassungen, die das Unternehmen angekündigt habe, sowie der Schließung von mindestens einem Verteilzentrum hätten die Kolleg*innen schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze. Das Geschäftsmodell des Online-Händlers ignoriere die Bedürf-

nisse der Beschäftigten. „Während der Pandemie hat Amazon durch ihre Arbeit Rekordumsätze eingefahren“, so Di Silvestre. Wenn nun ein nicht mehr ganz so starkes Wachstum gleich als Begründung für Massenentlassungen herhalten müsse, sei einmal mehr Amazons menschenfeindliche und rein profitorientierte Haltung bewiesen. ver.di und die Kolleg*innen werden auch zehn Jahre nach den ersten Streiks bei Amazon weiter für Tarifverträge sowie gute und gesunde Arbeitsbedingungen kämpfen.

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), JENNY MANSCH, FANNY SCHMOLKE

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 8 ERSCHEINT

AM 27. MAI 2023

verdi.de

SOZIALWAHL

ver.di wählen

Uwe Klemens ist der ver.di-Spitzenkandidat bei der TK

„Wir Versichertenvertreter stehen für eine möglichst hohe Qualität in der Versorgung, wir sind gegen jegliche Leistungskürzung!“

Regine Weiß-Balschun ist die ver.di-Spitzenkandidatin bei der KKH

„Seit 2017 bin ich im Verwaltungsrat der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH). Vergleichbar mit einem Aufsichtsrat werden Vorstand und Verwaltung kontrolliert und wesentliche Entscheidungen des Sozialversicherungsträgers für dessen zukünftige Ausrichtung getroffen. Für die Ziele, für die ver.di steht, setze ich mich aktiv ein. Ich wünsche mir, dass bei den Sozialwahlen 2023 alle Versicherten ihr Wahlrecht wahrnehmen und eine starke ver.di-Vertretung in den Selbstverwaltungsorganen unterstützen.“

Sylvi Krisch ist die ver.di-Spitzenkandidatin bei der Barmer

„Seit meiner Ausbildung (ab 1996) bin ich in der BARMER versichert, seit über 10 Jahren im gewerkschaftlichen Kontext in der BARMER unterwegs. Ich möchte meinen Beitrag leisten – für eine starke Selbstverwaltung in der BARMER und eine starke Vertretung für die Interessen der Versicherten. Nichts ist wichtiger als die Gesundheit. Und die Selbstverwaltung steht für versichertenennahe, praxisbezogene und basisorientierte Lösungen im Interesse der Versicherten.“

sozialversicherung.
watch

Daseinsvorsorge stärken

ORGANISATIONSWAHLEN – Konferenzen von Fachbereichen und Personengruppen

Künstliche Intelligenz

Die fünfte Online-Veranstaltung von ver.di zur Künstlichen Intelligenz (KI) findet am 12. Juni von 14.30 bis 16 Uhr statt. Dabei geht es diesmal um die betriebliche Gestaltung von KI am Beispiel von IBM. Damit will ver.di weitere Gestaltungshinweise für Betriebe geben. Unter anderem geht es dabei um die Frage, was Gewerkschaften und gesetzliche Interessenvertretungen gemeinsam unternehmen können, um gute Arbeitsbedingungen beim Einsatz von KI zu erringen. Im Juli 2022 wurde eine Konzernbetriebsvereinbarung über die Einführung und den Einsatz von Systemen der KI zwischen dem Konzernbetriebsrat und der IBM vereinbart. Referenten sind Florian Hagemüller, ver.di-Bundesfachgruppenleiter IKT, und Frank Remers, Konzernbetriebsratsvorsitzender IBM. Anmeldung bis zum 1. Juni unter kurzlinks.de/daok

Bayern – Sabine Gruber ist erneut zur Vorsitzenden des Landesbezirksvorstands von ver.di Bayern gewählt worden. Das Gremium hat sich Ende April konstituiert.

Fachbereich B (Öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherungen und Verkehr)

Christine Behle steht weiterhin als Leiterin an der Spitze des Fachbereichs. Damit ist sie auch für den ver.di-Bundesvorstand nominiert. Ehrenamtliche Vorsitzende ist Katharina Lang, ihr Stellvertreter ist

Fachbereich E (Postdienste, Speditionen, Logistik)

Die rund 170 Delegierten des Fachbereichs legten den Kurs des Fachbereichs für die kommenden vier Jahre fest. Dazu stimmten sie über 140 Anträge ab, sowohl zur Tarif- bzw. Branchenpolitik als auch zu gesellschaftlichen und sozialpolitischen

Arbeiter*innen

(red.) Anfang April trafen sich die Arbeiter*innen zu ihrer Konferenz auf Bundesebene. Im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz standen die Antragsberatung, Wahlen, aber auch Referate des ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke und seiner Stellvertreterin Christine Behle, in deren Ressort die Personengruppe ange-

Erwerbslose

Bei der Bundeskonferenz der Erwerbslosen beschlossen die Delegierten die Forderung nach einem neuen Bemessungsverfahren für das Bürgergeld. Dabei soll die Regelleistung massiv um 650 Euro erhöht werden. Abgeschafft gehören ihrer Meinung nach die Leistungs-

Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen (mti)

Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie sind die drei Schlagworte für den anstehenden Veränderungsprozess auf dem Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund ermunterte das für die Personengruppe mti zuständige Bundesvor-

Migrant*innen

(bnw) Geschätzt 30 Prozent der ver.di-Mitglieder haben eine Migrationsgeschichte. Zur 4. Bundeskonferenz der Migrant*innen in ver.di kamen ihre 44 Delegierten Ende April in Berlin zusammen. Beraten wurden 39 Anträge. Ein großer Teil von ihnen zielt auf eine stärkere

Sören Hamacher, beide sind aus NRW. In insgesamt vier Leitanträgen sprachen sich die Delegierten für eine Stärkung der Kommunalfinanzen und damit für eine Stärkung der Daseinsvorsorge aus. Zudem forderten sie darin Strategien für die Bekämpfung des Personalmanagements auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes. Der ÖPNV soll als

sowie innergewerkschaftlichen Themen. Als Leiterin des Fachbereichs wurde Andrea Kocsis wiedergewählt, sie ist damit auch für den Bundesvorstand nominiert. Sie würdigte insbesondere die Arbeit der Vertrauensleute und Betriebsgruppen. Vom Rastplatz Gräfenhausen wurde Michael Wahl vom Beratungsnetzwerk

siedelt ist. Auch mit ihnen diskutierten die Delegierten über den Stellenwert der Arbeiter*innen in ver.di und wie sie in der Organisation weiter sichtbar sein können. In seiner Begrüßung hatte der Vorsitzende des Bundesarbeiter*innen-Ausschusses (BAA), Gregor von Paczensky, darauf hingewiesen, dass die Personengruppe deutlich

ausschlüsse für EU-Bürger*innen. Eine Schlechterstellung der Menschen im SGB XII soll verhindert werden. Das Asylbewerberleistungsgesetz soll weiterentwickelt werden, um eine Existenzsicherung im SGB II/SGB XII zu erreichen. Gemeinsam wurden Anträge verabschiedet, die die Anhebung der Kos-

standsmitglied Christoph Schmitz die Kolleg*innen, sich für verbesserte Eingruppierung und Aufstiegsmöglichkeiten insbesondere von Meister*innen und Techniker*innen einzusetzen. Er forderte die Delegierten auch auf, ihr Fachwissen in andere Bereiche der Organisation zu tragen, um diese Prozesse ge-

Repräsentanz der Migrant*innen in den ver.di-Strukturen und Gremien. Zudem standen Wahlen zum Bundesmigrationsausschuss auf der Tagesordnung. Ihm gehören jetzt Hamije Adili-Kuntz, Hürriyet İlhan İzözen, Canan Yildirim, Eltayeb Khalifa Mohamed, Cecilia Ramirez de Heisig, Adem Öktem, Hilary

Motor der Mobilitätswende gestärkt werden. Zudem verabschiedeten sie einen Leitantrag zum Thema „Wohnen ist Menschenrecht“. Sie zeigten ihre Solidarität mit den Truckern in Gräfenhausen und begrüßten als internationale Gäste die Generalsekretär*innen von EGÖD, ITF und ETF, Jan Willem Goudriaan, Stephen Cotton und Livia Spera

Faire Mobilität zugeschaltet. Er berichtete über die Situation der LKW-Fahrer, die dort um den ihnen zustehenden Lohn von ihrem polnischen Arbeitgeber gekämpft haben. Die Konferenz hat ihnen nicht nur mit einer Resolution ihre Solidarität ausgesprochen, sie hat auch Spenden für die Fahrer gesammelt.

weiblicher geworden sei. Jetzt wolle man darauf hinarbeiten, dass sie auch jünger und diverser werde. Bei der BAA-Konstituierung im Anschluss an die Konferenz wurde von Paczensky in seinem Amt bestätigt. Stellvertretend stehen ihm Kai Mües und Margot Jäschke zur Seite.

ten der Unterkunft thematisierten oder den Mindestlohn auch für Langzeitarbeitslose und Jugendliche forderten. Zum Vorsitzenden des Bundeserwerbslosenausschusses (BEA) wurde Michael Kahnert gewählt, seine Stellvertreterinnen sind Birgit Müller und Corinna Lenhart.

stalten zu können. Einige der Teilnehmenden haben in den Diskussionen Vorschläge zur künftigen mti-Arbeit, insbesondere zur Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Stefan Markl wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Bundesausschusses bestätigt.

Bown, Fatih Bayram, Dogan Meral, Yusuf As, Zümüt Cal, Marie Pozimski, Karin Schvarcz, Domenico Di Leva, Enrica Audano, Momir Begovic, Hadas Araya, Mecnun Ölmez, Charlotte Johnson und Ibrahim Yarasir an. Zur konstituierenden Sitzung trifft sich der Ausschuss am 15. Juni 2023.

Meilenstein der Tarifgeschichte

150 JAHRE FLÄCHENTARIFVERTRAG – *Wie der Verband der Buchdrucker Tarifgeschichte schrieb*

(hasimon) Tarifverträge prägen zu großen Teilen die Arbeitsbeziehungen in Deutschland. Auf der einen Seite sind da die Gewerkschaften, die stets die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Beschäftigten anstreben. Auf der anderen Seite stehen die Arbeitgeber und ihre Vereinigungen, die die Kosten möglichst niedrig halten und den Gewinn steigern wollen. Doch das ist nicht von Anfang an so gewesen. Erst vor 150 Jahren, im Jahr 1873, war es dem Deutschen Buchdruckerverband erstmals gelungen, als Tarifpartner anerkannt zu werden und einen reichsweiten Tarifvertrag zu erkämpfen.

Die Revolution von 1848 ist noch jung, als die Buchdrucker Statuten für eine Deutsche National-Buchdrucker-Vereinigung verabschieden ebenso wie die Forderung eines nationalen Tarifs, eines Reichstarifs. Doch zu einem Tarifvertrag gehören immer zwei, und damals gibt es noch keinen Verband der Buchdruckereibesitzer. Erst 25 Jahre später bahnt sich so etwas wie eine Tarifpartnerschaft an.

„Gemeinschaftlich beraten“

Seit 1871 gibt es das Deutsche Reich, mit Wilhelm I. einen Kaiser, mit Bismarck einen Kanzler, die Beschäftigten dürfen sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen, es gilt das Koalitionsrecht. Die Buchdrucker, genaugenommen die Buchdrucker- und Schriftsetzer-Gehilfen sowie die Maschinenmeister haben sich bereits 1866 im Deutschen Buchdruckerverband als Gewerkschaft zusammengeschlossen, die Arbeitgeber 1869 im Deutschen Buchdruckerverein. Beide haben ihren Sitz in Leipzig. Vorsitzender des Verbandes ist seit 1867 Richard Härtel, den Vorsitz im Arbeitgeberverein hat ab 1872 Dr. Eduard Brockhaus inne.

Nach der Reichsgründung boomt die Wirtschaft, die Preise steigen. Deshalb gehen vom Buchdruckerverband in vielen Druckereistätten

lokale Lohnbewegungen aus, auf die die Buchdruckereibesitzer im Sommer 1872 mit dem Vorschlag reagieren, „durch Delegirte der Gehilfen und der Principale [Arbeitgeber] die Tarifangelegenheit gemeinschaftlich zu berathen“. Die Ergebnisse der Beratungen sollen abschließend dem Arbeitgeberverein zur Zustimmung vorgelegt werden. Die Idee dahinter: Mit einem so festgelegten Reichstarif sollen örtliche Bewegungen ausgeschlossen und mit dem Delegiertenprinzip der Verband der Buchdrucker als Tarifpartner übergangen werden. Dieser Vorstoß läuft ins Leere.

Der Buchdruckerverband wechselt die Taktik. Nicht mehr lokale Tarife sollen durchgesetzt werden, sondern, wie schon 1848 geplant, ein nationaler Tarif – allerdings nach seinen Vorstellungen. Der Verband lädt vom 13. bis 17. Januar 1873 zu einer Delegierten-Tarifkonferenz nach Leipzig. 15 Kollegen aus 12 Städten kommen angereist, 24 Druckorte haben Forderungen gesandt. Ergebnis der Beratungen sind Vorschläge nach Erhöhung des Akkordlohnes für Setzer, nach einem Minimum „im gewissen Gelde“ (Wochenlohn), nach einem Zehnstundentag, inklusive je einer Viertelstunde Frühstück und Vesper und einiges mehr.

„Thatkräftig für die gerechte Sache“

Am 22. Januar wird der Tarifvorschlag den Prinzipalen vorgelegt, doch die lehnen ihn zunächst ab. Es geht ihnen nicht um die Höhe der Forderungen, sondern darum, den Verband nicht als Tarifpartner anerkennen zu wollen. In Leipzig rei-

chen daraufhin am 25. Januar 355 Setzer und 55 Maschinenmeister die Kündigung ein, entziehen sich so der Arbeit und streiken. Als Antwort sperren die Arbeitgeber vor Ort rund 200 Gesellen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit aus.

Trotz der Aussperrungen, die Streikenden geben nicht auf, wollen weiter „thatkräftig für die gerechte Sache“ kämpfen. Die Arbeitgeber antworten daraufhin am 8. März mit einer „allgemeinen Aussperrung“: Landesweit wird 1800 Beschäftigten wegen ihrer Mitgliedschaft im Verband gekündigt. Doch die Aussperrungsfront beginnt schon bald zu bröckeln. Am 24. März senden die Arbeitgeber erste Signale einer Annäherung. Nach einigem Hin und Her einigt man sich auf die Einberufung einer paritätisch zusammengesetzten Tarifkommission von je 10 Vertretern mit wechselndem Vorsitz.

Die ersten Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene beginnen schließlich am 1. Mai 1873, am 5. Mai gelingt einstimmig ein Kompromiss. Am 9. Mai gibt das Verbandspräsidium bekannt, dass „der „Delegiertentarif“ sofort in Kraft trete. Die Buchdrucker Leipzigs erklären: „Auf die erzielten Resultate dürfen wir mit Befriedigung blicken.“

Wesentliche Verbesserungen für die Buchdrucker sind erreicht worden: Die Erhöhung des Stücklohnes nach Alphabet-Berechnung, ein Mindestlohn von 19,50 Reichsmark pro Woche, der Zehnstundentag, inkl. Pausen, Überstundenbezahlung (bis zu 100 Prozent an Sonntagen). Ein großartiges Ergebnis, ausgehandelt von der ersten Tarifgemeinschaft in unserer Geschichte.

Festakt in Berlin

Am 9. Mai, nach Druckbeginn dieser Ausgabe der ver.di news, fand in Berlin ein Festakt aus Anlass von 150 Jahren Flächentarifvertrag statt. Eine Aufzeichnung des Livestreams ist zu sehen auf kurzelinks.de/wkom. Eingeladen hatten ver.di und die Hans-Böckler-Stiftung, die Festrede hielt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD. Bei einer Talkrunde sprach die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis mit dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Steffen Kampeter, der Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, Claudia Bogedan, und zwei Betriebsräten über die Bedeutung von Tarifverträgen.



Foto: Kay Henschelmann

FRANK WERNEKE IST DER VER.DI-VORSITZENDE

ST A T E M E N T

Eine starke Wegmarke

„Nicht der Kollege oder die Kollegin, mit dem oder der ich in Konkurrenz um billige Arbeit stehe, ist der Gegner, sondern der Arbeitgeber. Ich muss mich mit anderen zusammenschließen und gemeinsam und solidarisch bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das war der Beginn der gewerkschaftlichen Erfolgsgeschichte. Die hat mit dem ersten – hart umkämpften Flächentarif – eine starke Wegmarke gesetzt, an der wir uns noch heute orientieren. Zusammen geht mehr, das ist auch das Motto der diesjährigen Tarifaufeinandersetzung für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Es zeigt, dass wir unserer Tradition verbunden sind, aber was Strategien und Methoden angeht, mit der Zeit gehen. Da ist es gut, sich immer wieder auch seiner Wurzeln zu vergewissern.“

Themenseite zu
150 Jahre Flächen-
tarifvertrag auf
verdi.de
kurzelinks.de/2xnt



NIHAT ÖZTÜRK:
**ETAPPEN, KONFLIKTE
UND ANERKEN-
NUNGSKÄMPFE DER
MIGRATION,**
VERLAG DIE BUCH-
MACHEREI, BERLIN,
158 SEITEN, 22 EURO,
ISBN 978-3982331768

Vom „Gastarbeiter“ zum „Mitbürger“?

BUCHTIPP – Dokumentation zur Geschichte der Arbeitsmigration in Deutschland

Ist unsere Gesellschaft bereit, Arbeitsmigrant*innen als gleichberechtigte Bürger*innen willkommen zu heißen? Seit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 haben „ausländische“ Arbeitnehmer*innen bei der Wahl von Betriebs- und Personalräten auch das passive Wahlrecht. Damit ist die innerbetriebliche Demokratie in diesem Fall der gesellschaftlichen Demokratie weit voraus: Dort gibt es kein Wahlrecht bei kommunalen, Landes- oder Bundestagswahlen.

Soziolog*innen sprechen von „urbanen Unterklassen“, die sich in Städten herausgebildet haben. Gemeint sind Stadtteile, die überwiegend von Familien mit Migrationshintergrund bewohnt werden. Schon bei oberflächlicher Betrachtung zeigt sich also, dass von einer Gleichwertigkeit der Lebens- und Teilhabechancen noch längst keine Rede sein kann – auch wenn immer wieder erfolgreiche Unternehmer*innen, Sportler*innen, Künstler*innen oder Wissenschaftler*innen mit Migrationshintergrund präsentiert werden.

Die Entwicklung der strukturellen Ausgrenzung, die seit der Einwanderung der ersten „Gastarbeiter*innen“ tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist, wird in diesem Buch von Nihat Öztürk nachgezeichnet. Er ist der ehemalige 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Düsseldorf.

Eine zusammenfassend politische, soziologische und wirtschaftliche Analyse der Bedeutung der Arbeitsmigrant*innen in den vergangenen 60 Jahren liegt in vergleichbar kompakter Form noch nicht vor.

Dabei zeigt sich, dass die Gewerkschaften im DGB zur Integration der Arbeitsmigrant*innen mehr beigetragen haben als andere Sektoren der Gesellschaft ... obwohl dies nicht von

Anfang an der Fall war. Öztürk erinnert auch an die herausragende Rolle, die die Arbeitsmigrant*innen für die Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften gespielt haben.

Link zu Informationen

Aber nicht nur zum Lesen ist das Buch im DIN A4-Format gedacht: Über die Hälfte der Seiten nimmt eine Dokumentation mit Bildern, Statistiken und markanten Zitaten ein. Zu jedem Kapitel gibt es einen Link zu weiterführenden Informationen.

Alle Kapitel stehen auch auf Ausstellungstafeln in zwei Variationen, Hängetafeln und Aufsteller zur Verfügung, zudem

auch als Datei für Präsentationen. Sie können für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit oder Bildungsveranstaltungen kostenlos beim Autor ausgeliehen werden. Nur die Transportkosten müssen erstattet werden. Nihat Öztürk kommt auch gerne als Referent zu Veranstaltungen, stehen sie im gewerkschaftlichen Kontext, dann auch ohne Honorar.

Also ein Arbeitsbuch und „Medienpaket“ mit sehr hohem Gebrauchswert, von einem Autor, der aus eigener Erfahrung spricht. *Bruno Neurath-Wilson*

Kontakt zum Buchautor:
Nihat Öztürk, 0172/8338119,
n.oeztuerk55@gmail.com

Mehr Schutz

„Welches Signal brauchen wir noch, angesichts dieses drastischen Abstiegs der Pressefreiheit? Kein Mensch soll in Angst vor Bedrohung oder Gewalt seine Arbeit machen müssen.“

Die dju-Bundesvorsitzende Tina Groll fordert in der Berliner Morgenpost von Verlagen, Rundfunksendern und der Bundesregierung, mehr für den Schutz und die Sicherheit von Journalist*innen zu unternehmen

NACHRUF

Der Kollege **Manuel Sauer** ist Anfang April im Alter von 48 Jahren gestorben. 2002 hatte er als Jugendsekretär im ver.di-Bezirk Nordhessen begonnen. Zuvor hatte der Bankkaufmann bei einer Sparkasse ehrenamtlich als Jugendvertreter auf sich aufmerksam gemacht. 2009 wechselte Manuel Sauer als Gewerkschaftssekretär in den Fachbereich Post und Logistik, bis er 2013 im Fachbereich Handel eine neue gewerkschaftliche

Aufgabe fand. Zuletzt betreute er mit dem Schwerpunkt Großhandel und filialisierter Einzelhandel Betriebe in den ver.di-Bezirken Nord-/Osthessen und Mittelhessen. „Manuel war ein Kollege, der auch Konflikte und Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern nicht scheute, wenn sie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Betrieb erforderlich waren“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Hessen.